

ABSTIMMUNGEN

BASEL-STADT

NEIN ZUM DEMOKRATIEABBAU BEI DEN BVB

Der Grosse Rat ist für die Leistungsabgeltung, die Verkehrsbauten und die Darlehen der BVB zuständig. Er soll aber nach Willen der Regierung künftig nicht mehr bei der Wahl der Verwaltungsräte mitwirken. Gegen diesen Beschluss haben Grüne, BastAI, SP und der VPOD das Referendum ergriffen. Die BVB waren seit 1895 mit dem Betrieb der ersten elektrischen Tram ein Betrieb der Staatsverwaltung. Im Jahr 2006 wurden die BVB zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt

im 100-prozentigen Besitz des Kantons. Im Zuge dieser Verselbständigung versprach der damalige Regierungsrat, dass das Unternehmen weiterhin die öffentlichen Interessen vertreten wird. Daher wurde unter anderem die Wahl der BVB-Verwaltungsräte auf mehrere Gremien verteilt, um einen Ausgleich zwischen den Gewalten herzustellen. Die Wahl von je drei BVB-Verwaltungsräten durch Parlament und Regierungsrat sorgte für Transparenz und gute Zusammenarbeit.

Richtige Lehre aus Skandalen ziehen

Bei öffentlich-rechtlichen Anstalten besteht kein Wettbewerb. Deshalb braucht

es eine breite Abstützung. Nach ihrer Verselbständigung sollten die BVB in die „Champions-League“ der Verkehrsbetriebe aufsteigen. Diese vollmundige Ankündigung des CEO endete 2013 in Skandalen und Pannen. EEs waren unter anderem unabhängige Exponenten des Grossen Rats, die im Verwaltungsrat die Missstände aufdeckten. Die strategische Leitung der BVB darf nicht zu einem Kopfnicker-Gremium werden, das nur dem Regierungsrat verpflichtet ist.

Harald Friedl,

Vizepräsident Grüne Basel-Stadt